



FACTSHEET: GUATEMALA

1. Soziale, wirtschaftliche und politische Situation

Mit fast 17 Millionen Einwohner*innen ist Guatemala das bevölkerungsreichste und gleichzeitig **eines des ungleichsten Länder Zentralamerikas** (Gini-Koeffizient von 48.3).¹ Im Zuge der COVID-Pandemie hat das Ausmaß der Ungleichheit und Armut erheblich zugenommen. Fast 70% der guatemaltekischen Bevölkerung lebt in Armut, davon etwa 30% in extremer Armut.² Die Hälfte ist unterernährt. Besonders betroffen sind Indigene, kleinbäuerliche Familien und Kinder. Laut UNICEF ist die Hälfte der Kinder im Land chronisch unterernährt.³ Diese Ungleichheit hat einen historischen Ursprung, der aus den wirtschaftlichen, sozialen, politischen und gesellschaftlichen Strukturen der Region resultiert und bis heute fortbesteht.

Mit der Unterzeichnung der Friedensverträge im Jahr 1996 beendete Guatemala einen 36 Jahre andauernden Bürgerkrieg – in dem Genozid an der indigenen Bevölkerung, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen wurden⁴ – und erklärte die Absicht, die Straflosigkeit zu bekämpfen und illegale, geheim operierende Sicherheitskräfte auflösen zu wollen. Doch erst mit der Einrichtung der **Internationalen Kommission gegen die Straffreiheit in Guatemala (CICIG, eine Körperschaft der Vereinten Nationen)** 2007, wurde die Untersuchung von kriminellen, mit dem Staatsapparat verflochtenen Strukturen angestoßen. Im April 2015 deckten CICIG und die Sonderstaatsanwaltschaft gegen die Straflosigkeit FECI ein System aus unlauterer Einflussnahme, Schmiergeldzahlungen und unrechtmäßiger Bereicherung auf, an dem auch der damalige Präsident Otto Pérez Molina und seine Vize-Präsidentin Roxana Baldetti beteiligt waren. Die entwendete Summe steht in völligem Widerspruch zur Armut und Arbeitslosigkeit der Bevölkerungsmehrheit sowie zur prekären öffentlichen Infrastruktur, wie Krankenhäusern, Schulen oder Straßen.

Der CICIG gelang es bis zur Ausweisung aus dem Land im Jahr 2019 rund 120 Fälle vor Gericht zu bringen, in die Politiker*innen sowie Mitglieder der wirtschaftlichen und militärischen Elite und des organisierten Verbrechens verwickelt waren.⁵ Anfangs wurde der Kampf gegen die Straflosigkeit fast einhellig unterstützt, auch von den Wirtschaftskammern. Dies änderte sich, als Namen von potentiellen Angeklagten durchsickerten. Ein einflussreiches Bündnis aus ehemaligen Militäroffizieren, Intellektuellen der traditionellen Eliten, korrupten Politiker*innen, Regierungsbeamten*innen und Mitgliedern der Strukturen des organisierten Verbrechens forderte darauf Straffreiheit für Beteiligte. Diesem „**Pakt der Korrupten**“, wie dieses Bündnis im Volksmund genannt wird, gelang es, die Arbeit der CICIG zu beenden, die Kontrolle über das Parlament, die obersten Gerichte und die Aufsichtsinstitutionen wiederzuerlangen und eine Mehrheit von Abgeordneten zu gewinnen, die der regressiven Agenda der Regierung von Präsident Giammattei und einer Gruppe radikaler und mächtiger Geschäftsleute zustimmen.

Der Rechtsstaatsabbau und die institutionelle Kooptation setzten sich unter der derzeitigen Regierung von Alejandro Giammattei fort. Giammattei wird beschuldigt, von russischen Geschäftsleuten eine Bestechung in Millionenhöhe für die Konzession eines Hafens sowie 2,6 Millionen US-Dollar für seinen Wahlkampf angenommen zu haben.⁶ Obwohl die USA Generalstaatsanwältin Consuelo Porras sanktionierte und in die sog. Liste Engel, die Liste korrupter Akteure aufnahm, wurde sie am 16. Mai 2022 für vier Jahre wiedergewählt. Es ist zu befürchten, dass auch die 2022 anstehenden Wahlen zur Ombudsperson für Menschenrechte und zum Obersten Rechnungshof



so manipuliert werden, dass nur Kandidat*innen eine Chance haben, die Eliteninteressen nicht antasten. Dies dürfte auch negative Rückwirkungen auf die Fairness und Freiheit der für 2023 anstehenden Präsidentschafts-, Parlaments- und Kommunalwahlen haben.⁷

Jüngste Beispiele dafür sind die Kriminalisierung der Richterin Erika Aifán und des Leiters der Sonderstaatsanwaltschaft gegen die Straflosigkeit Juan Francisco Sandoval, dem auch Erfolge im Kampf gegen die Korruption mit zu verdanken sind. Beide befinden sich im Exil. Auch die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte und der Sonderberichterstatler der Vereinten Nationen für die Unabhängigkeit von Richter*innen und Anwält*innen sind besorgt über **die Verletzung der Unabhängigkeit der Justiz**. Das Europäische Parlament hat am 7. April 2022 eine Resolution veröffentlicht, in der es seine Besorgnis über die Verschlechterung der Rechtsstaatlichkeit in Guatemala zum Ausdruck bringt und die Kriminalisierung, Verfolgung und Diskreditierungskampagnen anprangert, denen einige Justizmitarbeiter*innen ausgesetzt sind.⁸

2. Menschenrechtssituation und Situation der Zivilgesellschaft

Gerade einmal sechs Monate nach Amtsantritt kündigte Präsident Alejandro Giammattei Mitte 2020 die Schließung von Institutionen zur Friedensförderung, etwa des Sekretariats für Frieden (*Secretaría de la Paz - SEPAZ*), des Sekretariats für landwirtschaftliche Angelegenheiten (*Secretaría de Asuntos Agrarios - SAA*) und der Präsidentialkommission zur Koordinierung der Exekutivpolitik im Bereich der Menschenrechte (*Comisión Presidencial por los Derechos Humanos - COPREDEH*) an. Zahlreiche zivilgesellschaftliche Organisationen äußerten Besorgnis über diese institutionellen Änderungen und potentiellen Rückschritte im Hinblick auf die Umsetzung der Menschenrechte im Land.⁹

Weitere Rückschritte im Hinblick auf die Menschenrechtssituation zeigen sich durch die schrittweise **Schließung des zivilgesellschaftlichen Handlungsspielraums** (*shrinking spaces*) und einer **Repressionsstrategie** gegen Menschen, soziale Organisationen und Gemeinschaften, die ihre Rechte verteidigen. Den Beobachtungen der NGO CIVICUS zufolge werden die zivilgesellschaftlichen Handlungsspielräume in Guatemala zunehmend durch staatliche Praktiken eingeschränkt.¹⁰ Darunter fallen neue Gesetze oder Gesetzesänderungen, die Nichtregierungsorganisationen kontrollieren. Das sogenannte NRO-Gesetz, offiziell Dekret 4-2020, stellt eine Gefahr für diejenigen Organisationen dar, die von der Regierung den Schutz der Menschenrechte einfordern.¹¹ Menschenrechtsverteidiger*innen und -organisationen sowie Richter*innen und Journalist*innen sind **Diffamierung, Stigmatisierung und Kriminalisierung ausgesetzt**, die ihre Anliegen delegitimieren sollen. Allein im Jahr 2020 wurden 15 Menschenrechtsverteidiger*innen ermordet und 313 kriminalisiert.¹² Besonders gefährlich ist die Situation für diejenigen die Land-, Umwelt-, und Indigenenrechte verteidigen. Im Juni 2022 wurde die ehemalige guatemaltekeische Generalstaatsanwältin, Claudia Paz y Paz, wegen angeblichem Autoritätsmissbrauch angeklagt, da sie einer Gruppe Militärs Verbrechen gegen die Menschlichkeit während des internen Konflikts nachwies.



Wir empfehlen der Bundesregierung und den Mitgliedern des Bundestages:

- Öffentliche Unterstützung für soziale Bewegungen, indigene und kleinbäuerliche Organisationen und Gemeinden, die ihre Territorien verteidigen sowie öffentliche Verlautbarungen von Besorgnis über die zunehmende Kriminalisierung von Menschenrechtsverteidiger*innen.
- Öffentliche Unterstützung für Justizmitarbeiter*innen, Richter*innen und Staatsanwälte*innen, insbesondere diejenigen, die sich gegen Korruption und Straflosigkeit engagieren, damit sie ihre Arbeit in unabhängiger Weise ausführen können.
- Gegenüber der guatemaltekischen Regierung: Forderung der konsequenten Anwendung der ILO Konvention 169, zum Schutz der vertraglich zugesicherten Rechte Indigener Völker, insbesondere die Verpflichtung zur Durchführung einer freien, vorherigen und informierten Konsultation (wie er in der UNDRIP zum Ausdruck kommt).
- Gegenüber der guatemaltekischen Regierung: Forderung, die gerichtlichen Anhörungen kriminalisierter Menschenrechtsverteidiger*innen in den Fällen der *Comunidades de Retahuleu* und des *Comité Campesino del Altiplano* aktiv zu verfolgen und Verlautbarungen zur Notwendigkeit eines fairen Verfahrens.
- Gegenüber der guatemaltekischen Regierung: Unterstützung in der Vergangenheitsbewältigung und Wahrheitsfindung, insbesondere in der weiteren Aufarbeitung des Genozids an der Maya-Bevölkerung.

Herausgegeben von Mitgliedsorganisationen des Runden Tisch Zentralamerika:

